

## KOMMENTARE

## SCHWERINER HALLENPROJEKT

## Eine neue Qualität

Von Timo Weber

Konsequente Haushaltskonsolidierung sei nötig, schreibt Innenminister Lorenz Caffier der Schweriner Stadtspeise ins Stammbuch. Recht hat er. Dass Caffier dennoch der Stadt das privat-öffentliche Hallenprojekt genehmigen will, zeugt von einem Umdenken. Nicht mehr nur der sture Blick auf nackte Zahlen – die nun wahrlich nicht für Schwerin sprechen –, sondern die Bedeutung des zu genehmigenden Vorhabens für ganz Westmecklenburg haben offensichtlich den Minister bewogen, Ja zu sagen. Denn mit einem neu gestalteten Sport- und Veranstaltungskomplex am Schweriner Lambrechtsgrund erfüllt die Landeshauptstadt in erster Linie tatsächlich ihre Funktion als regionales Oberzentrum. Zu den Spielen der Post-Handballer in der zweiten Bundesliga und der Volleyballerinnen des Schweriner SC in der ersten Bundesliga kommen regelmäßig hunderte Fans nicht nur aus dem unmittelbaren Umland. Das Sportinternat beherbergt sogar junge Talente aus anderen Bundesländern. Und in der Sport- und Kongresshalle drängen sich Fans aus ganz Norddeutschland, wenn Stars wie Andrea Berg auftreten. Dank eines privaten Partners wird Schwerin für all das die Bedingungen verbessern können. Das hat der Innenminister offenbar erkannt. Sein Ja zum Hallenprojekt bringt eine neue Qualität – am Lambrechtsgrund und im Zusammenspiel von Landeshauptstadt und Landesregierung.

## BESTECHUNG BEI ALDI

## Transparenz im Geldfluss

Von Martin Rüdiger

Es wäre kein Einzelfall. Bestechung, gekaufte Funktionäre? Zahlungen von Aldi Nord an die arbeitgeberfreundliche Betriebsräte-Organisation AUB hat der Konzern bestätigt. Nur Einfluss nehmen habe er damit nicht wollen – naja. Natürlich: Die mit dem Geld finanzierte Schulung von Betriebsräten kann zum Wohle des Unternehmens sein, an dem auch die Arbeitnehmer ein ureigenes Interesse haben. Doch weshalb hat Aldi seine Fördermaßnahmen einseitig auf AUB-Betriebsräte konzentriert? Der Verdacht liegt nah, dass der Konzern sich genehme Betriebsräte heranziehen wollte.

Wenige Tage, nachdem die Bespitzelung bei Lidl bekannt wurde, steht erneut ein Handelskonzern am Pranger. Der Fall Aldi steht allerdings noch für eine ganz andere Problematik. Die Geschichte reicht vom Lustreisen-Skandal bei VW bis hin zur Postbranche, wo im Zuge der Mindestlohndebatte unter fragwürdigen Umständen eine Gewerkschaft und zwei Arbeitgeberverbände aus dem Boden gestampft wurden. Wenn Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter über das normale Maß hinaus zusammenarbeiten, entstehen meist unheilvolle Allianzen. Die Politik sollte prüfen, ob sie dem nicht einen Riegel vorschieben kann. Verschärfte Transparenzregeln für die Offenlegung der Geldflüsse an Gewerkschaften und Betriebsräte wären ein Ansatzpunkt.

## RÜCKTRITT DER KFW-CHEFIN

## Lehren ziehen

Von Christoph Slangen

Die Hiobsbotschaften aus der Bankenszene reißen nicht ab. Nun sind auch bei der staatseigenen KfW-Bank noch einmal Wertberichtigungen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro fällig. Lasten aus der Beteiligung des Instituts an der privaten IKB-Bank. KfW-Chefin Ingrid Matthäus-Maier zieht die Konsequenzen und nimmt ihren Hut. Ein Schritt, den vor allem Unionspolitiker für lange überfällig gehalten haben. In der Tat hatte das Krisenmanagement der früheren SPD-Finanzpolitikerin keinen überzeugenden Eindruck gemacht. Dennoch dürften das KfW-Debakel und der Matthäus-Maier-Rücktritt auch den Fokus noch einmal auf alle jene richten, die etwa bei BayernLB, SachsenLB oder WestLB in den Gremien sitzen. Personelle Fragen sind jedoch weniger wichtig als strukturelle Veränderungen. Das Engagement in hoch spekulativen Risikogeschäften gehört nicht in das Aufgabenspektrum einer öffentlich-rechtlichen Bank, die Beteiligung an einer Privatbank wie der IKB genauso wenig. Jetzt muss der Steuerzahler diese Fehler ausbaden. Zur Abwendung eines allgemeinen Zusammenbruchs im Finanzsystem sind die Notmaßnahmen zwar zu rechtfertigen. Doch müssen nun auch die eigentlichen Lehren gezogen werden: Strengere Aufsicht, mehr Transparenz, Bankfusionen und eine Konzentration der öffentlich-rechtlichen Banken auf ihre Aufgaben. Mit dem Austausch von ein paar Köpfen allein wird das System nicht zukunftsfähig.

## TELEKOM-PROZESS

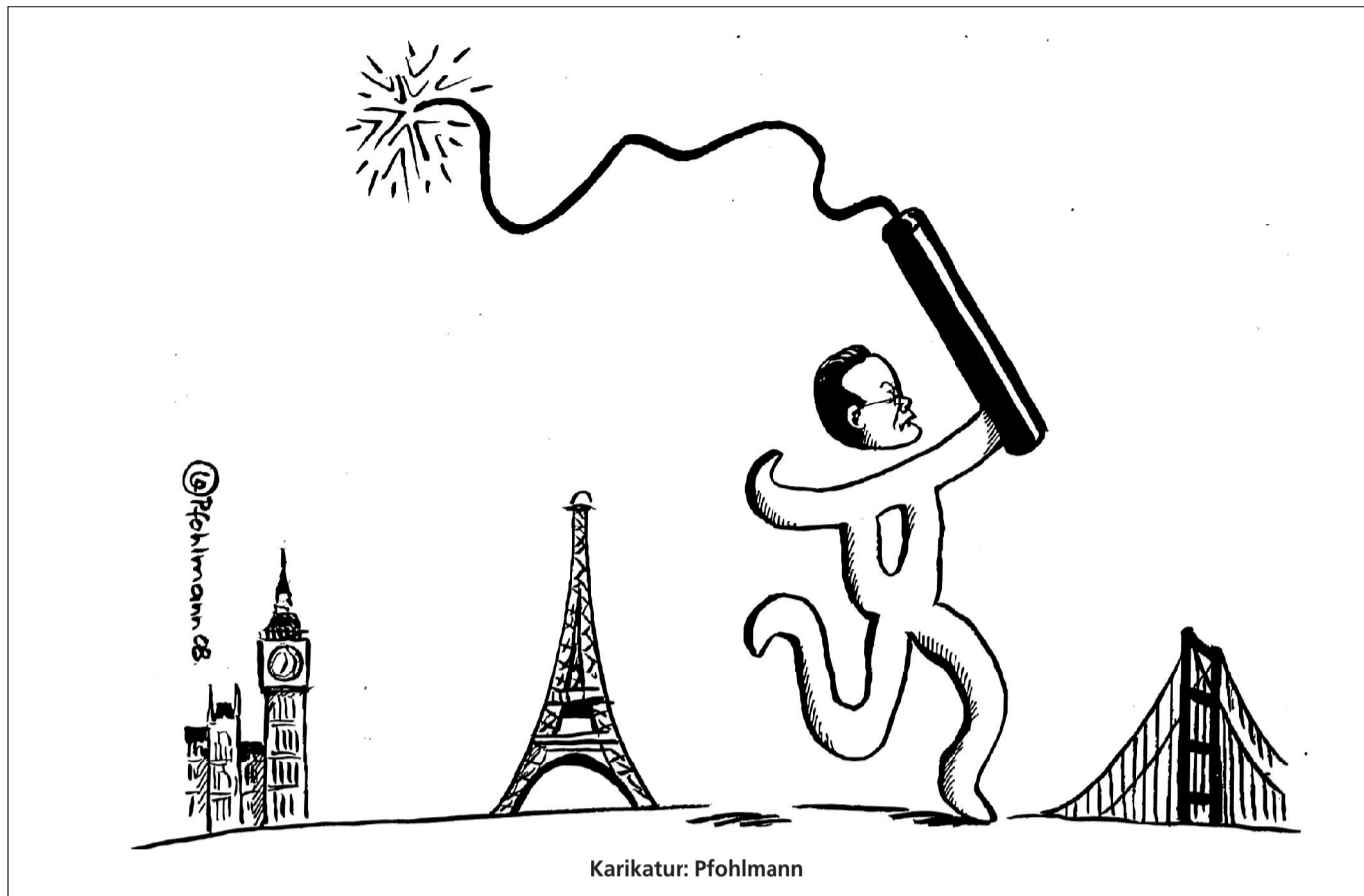
## Zu blauäugig

Von Marcus Sauer

Viele Jahre lang wollten die Deutschen nichts von Aktien wissen. Sie scheuten das Risiko, gingen lieber auf Nummer sicher. Doch in den 90er-Jahren haben plötzlich viele Landsleute alle Hemmungen verloren, nahmen sogar Kredite auf und beliehen ihr Eigenheim, um ein Stück vom großen Rendite-Kuchen abzubegeben. Zahlreiche Anleger haben ihre Euphorie teuer bezahlt. Tausende klagen nun vor Gericht gegen die Telekom, weil sie sich hinter Licht geführt fühlen. Sie wollen Geld zurück vom Bonner Konzern. Doch der gibt sich optimistisch und lehnt einen Vergleich ab. Es dürfte schwer werden, der Beklagten nachzuweisen, den Börsenprospekt geschönt zu haben. Zumal man zu einem Teil der Vorwürfe nur sagen kann: Hinterher ist man immer schlauer. Beispiel UMTS-Mobilfunklizenzen: Was wäre wohl los gewesen, wenn die Telekom als deutscher Marktführer mit Verweis auf die hohen Kosten aus dem Bieterverfahren ausgestiegen wäre? Die dramatischen Kurseinbrüche, die vor allem die New Economy betrafen, konnte niemand vorhersehen. Wer sich aber mit dem Thema Aktien auseinandergesetzt hatte, musste damit rechnen, dass es nach der Goldgräberstimmung zum Absturz kommen konnte. Vor einem drohenden „Platzen der Blase“ wurde schon vor 2000 gewarnt. Die Rendite einer erfolgreichen Aktie mit dem Risiko eines Sparbuchs – das gibt es leider nicht.

## Flammendes Duell

## Sieben Tage Fackellauf: Kritiker punkten und China preist Frieden



Karikatur: Pfohlmann

An dieser Flamme erhitzen sich die Gemüter. Spätestens seit den Toten von Tibet gilt die olympische Fackel unter Menschenrechtlern als Symbol für Chinas Bereitschaft Blut zu vergießen. Und die Demonstranten versuchen mit allen Mitteln, dieses Symbol zu beschädigen, um ihrem Ärger Ausdruck zu verleihen. Die Olympiastadiongeber lassen sich auf das Duell ein. Wer liegt nach sieben Tagen Fackellauf vorne? China oder die Menschenrechtler? Eine Analyse.

## Peking/Paris

Marcel Grzanna

Der Reihe nach: Alma-Ata ging klar an China; überall jubelnde Kasachen. Das war ja fast wie ein Heimspiel. Istanbul war ausgeglichen. Hier und da ein Protestchen, aber kein großes mediales Echo. Dann kam St. Petersburg. Nun ja, ausgerechnet im demokratischen Russland für Menschenrechte auf die Straße zu ziehen, ist vielleicht keine allzu gute Idee. Also auch hier ein klarer Sieg an China.

Aber in den vergangenen beiden Tagen ist die Partie gekippt. London und Paris, das waren Kantersiege der Menschenrechtsbewegung. Unterm Strich dürften die China-Gegner zurzeit knapp die Nase vorn haben. Aber es bleibt spannend. Noch 122 Tage bis zur Entzündung des

olympischen Feuers in Peking.

Das Duell geht weiter. Jetzt erst recht, heißt das Credo der Olympiastadiongeber. Bloß nicht einknicken und Schwäche zeigen! Gestern gaben sie eine jener absurden Pressekonferenzen, die dafür sorgen, dass sich die Positionen weiter verhärten. Sie degradierten die Proteste zu vereinzelt den Attacken von tibetischen Separatisten und versprühten die Botschaft von Harmonie, Frieden und Freundschaft, die sozusagen im Sog der Flamme in der Welt verbreitet werden soll. Wie weit es gediehen ist mit Harmonie, Frieden und Freundschaft beantworteten 3000 Polizeibeamte, die zur gleichen Zeit in Paris ein Großaufgebot stellten, das dem G8-Gipfel in Heiligendamm Konkurrenz machen konnte.

Der Sport will seine Spiele – er wird sie bekommen

Gleichzeitig betonen die Gastgeber, dass sie nicht wollen, dass Olympische Spiele politisiert werden. Das ist insofern grotesk, als dass es die Chinesen selber sind, die bei jeder Gelegenheit die politische Note spielen. Das geschieht nicht einmal subtil, sondern mit offener Flanke. Als nämlich Glanz und Gloria des bisherigen Fackellaufes zur Genüge verkündet, und die Separatisten verdammt waren, zitierte eine Sprecherin des BOCOG vermeintliche Bürger aus der englischen Hauptstadt. Ein Londoner habe gesagt, dass er der Ansicht sei, Tibet gehört unmissverständlich zu China. Und eine Studentin hätte betont, dass Olympia nicht politisiert werden solle. Sind solche Be-

merkungen unpolitisch? China kann sich seine provokante Position offenbar erlauben. Der Sport hat unmissverständlich klargestellt, dass er nicht bereit ist, seine Spiele zu opfern. Die 205 Nationalen Olympischen Komitees ließen bei ihrer Generalversammlung keinen Zweifel daran, dass sie in Peking antreten werden. Komme, was wolle.

Das muss man nicht gut finden, aber man muss es akzeptieren, weil der Sport sich distanziert von politischer Vereinnahmung und sich als Brückenbauer zwischen Kulturen definiert. Dass massive wirtschaftliche Interessen eine vielleicht viel größere Rolle spielen bei dem kategorischen Ja zu Olympia in China, das lässt sich nur mutmaßen, aber nicht beweisen. Der Sport will seine Spiele in Peking. Er wird sie bekommen.

Und die Fackel wird bis dahin weitergetragen. Schließlich ist bald das Schlimmste überstanden. San Francisco wird noch heikel, Indien sicher auch, weil dort die exil tibetische Regierung ihren Sitz hat. Auch Canberra könnte heiß werden. Aber in Argentinien sind die Menschen abgelenkt von Steuererhöhungen und Lebensmittelpreissen, die ihr Leben erschweren. In der arabischen Welt dreht sich ohnehin alles um Palästina, weniger um Tibet. Kein Mensch wird dort die Fackel ausblasen wollen.

Und dann geht es Anfang Mai schon auf chinesisches Staatsgebiet. Und dass es weder in Tibet noch in der nordwestlichen Provinz Xinjiang, wo viele Muslime nach Unabhängigkeit streben, zu bemerkenswerten Zwischenfäl-

len in unmittelbarer Nähe der Flamme kommen wird, dafür werden Polizei und Staatssicherheit sorgen. Keine Bange.

Das Pariser Aufgebot dürfte im Vergleich zu der Zahl chinesischer Beamter am Rande der Fackel einem Klassenausflug gleichen. Denn die Route der Fackel soll eine Bühne für ein Schauspiel liefern, in dem der Olympia-Gastgeber auf den Oscar für die beste Hauptrolle spekuliert.

Wird aufgetauter Ärger „zurückgezahlt“?

Doch wie kann es überhaupt sein, dass ausschließlich die Krise von Tibet eine solch geballte Form des Protestes lanciert? Hat es auch damit zu tun, dass es schon lange Zeit war, den Chinesen all das zurückzuzahlen, was sich an Verärgerung angestaut hat? Schließlich sind die Chinesen in eine Rolle geschlüpft, an die sich der Westen erst noch gewöhnen muss. Das Reich der Mitte ist inzwischen in der Lage, seinerseits Konsequenzen für bilaterale Beziehungen auszusprechen, wenn ihm dies oder jenes im Verhalten der Mitspieler auf politischem Parkett nicht passt. Von dieser Kraft machen die Chinesen reichlich Gebrauch. Das muss man erst mal schlucken. Und irgendwie tut ein Ventil doch dann ganz gut, oder?



Der Autor berichtet regelmäßig für unsere Zeitung aus China.

## LESERFORUM

Zu „Gefährliches Manöver“, vom 29. März, Kommentar, Seite 2

## Abartig, dass Rentner verzichten sollen

Mit grenzenloser Wut habe ich den Kommentar von Martin Rüdiger zur Kenntnis genommen. Wo ist hier ein Geschenk für Rentner bei einer Rentenerhöhung von 0,54 Prozent und 1,1 Prozent, wenn die Inflationsrate die 3 Prozent überschritten hat? Wie abartig zu meinen, dass die Rentnerinnen und Rentner auch auf die paar Euros verzichten sollen.

Sollte doch Herr Rüdiger lieber seine Feder spitzen, wenn Milliardeneschenke an durch Missmanagement in Schieflage geratene Landesbanken auf Kosten der Steuerzahler gemacht werden. Warum zählt er nicht auf, wie viele Einschnitte den Beziehern von Renten schon seit Jahren zugemutet werden und noch kommen? Und wo bleibt der Aufschrei, wenn diese so fried-

liche Bundesrepublik hunderte Millionen Euro in Kriegshandlungen, wie in Afghanistan steckt, wo wir absolut nichts zu suchen haben? Aber es gibt einfachere Antworten zum Thema Rentenerhöhung und Achtung der Lebensleistung früher geborener Bürger: Nicht der Rentner ist ungehörig und gierig, sondern das System ist faul, was nur die Reichen begünstigt und die „Unterschichten“ und andere kostenverursachenden Schichten zum Verzicht aufruft.

Peter Dehmel, Langen Brütz

Zu „Die Königin der Schulden“, vom 3. April, Seite 9

## Entscheidet doch das Geld?

Friedemann Diederichs bemerkte vor einem Monat, wie „basisdemokratisch“ die Vorwahlen in den USA ablaufen (Ausgabe vom 6. März, Seite 2). Aber Meldungen über Millionen-Kosten ließen bei mir Skepsis aufkom-

men. Diese sehe ich nun durch den neuen Bericht bestätigt. Wie groß ist die Rolle der Geldgeber, welche Interessen verbinden sie damit? Wird sich bei den Demokraten der Kandidat durchsetzen, der auch bei der Präsidentschaftswahl die größten Chancen hat? Oder wird gar ein Kandidat gefördert, der gegenüber den Republikanern auf verlorenem Posten steht? Auch für uns sind diese Wahlen wichtig, ohne dass wir wahlberechtigt sind, weil unsere Außenpolitik wesentlich von den USA bestimmt wird.

Dr. Wolfgang Tautz, Güstrow

## Gesundheitspolitik

## Für angemessene Versorgung kämpfen

Vielen Dank den Patienten sowie den medizinischen Einrichtungen, die in einer Unterschriftenaktion im März zu den Folgen der Gesundheitsreform ein Zeichen gesetzt haben.

Wir alle hören ununterbrochen „Ich darf Ihnen das nicht mehr aufschreiben“ oder „Bei diesen Medikamenten müssen Sie draufzahlen“. Irgendwann muss es doch mal genug sein.... Die Beiträge werden von Jahr zu Jahr höher, die Menschen dank der fortschrittlichen Medizin um einiges älter und der Patientenzuwachs steigt noch immer. Nur das Budget ist im Keller. Es ist zum Beispiel so gering – auf einen Patient pro Quartal berechnet – dass beispielsweise drei bis fünf weitere Mitmenschen auf physikalische Therapien verzichten sollen. Nennt man so was gerecht, wenn der Arzt Richter über Schmerzen sein muss, da Krankenkassen und Gesundheitsministerien nur über Einsparungen nachdenken? Wir sind alle mal krank und wenn

das der Fall ist, wollen wir gut versorgt sein. Ich bewundere den Mut, den Ärzte vorletzte Woche hatten, ihre Praxen kurzfristig zu schließen, um so gegen die Reform zu protestieren. Es enttäuscht mich jedoch, dass die kleinen Ortschaften wie wir eine sind nur schwelgend den Medien lauschten. Durch Personaleinsparungen gehen viele hoch qualifizierte Arbeitsplätze verloren nur weil Geld für Dinge eingesetzt wird die mir persönlich weniger wichtig erscheinen. Ist es denn ausverschäm, wenn wir mehr für unsere Beiträge verlangen? Ich glaube nicht. Also sollten wir alle für angemessene gesundheitliche Versorgung kämpfen.

Bettina Säfcke, Ludwigslust

## INTERVIEW



## „Unterm Strich bleibt nichts“

Das Bundeskabinett will heute beschließen, die Renten 2008 um 1,1 Prozent anzuheben – 0,64 Prozentpunkte mehr als bisher geplant. Mit Walter Hirrlinger, Präsident des Sozialverbandes VdK, sprach Christoph Slangen. Zwölf Milliarden Euro kostet der Eingriff in die Rentenformel zugunsten der Senioren. Jüngere Abgeordnete sind dagegen...

Hirrlinger: In der Vergangenheit wurde mehrfach in die Rentenformel eingegriffen – zu Ungunsten der Rentner. Jetzt geht es um knapp 0,6 Prozent zusätzlich durch zeitweise Aussetzung des Riester-Faktors. Der zweite Abschlagsfaktor, der Nachhaltigkeitsfaktor, bleibt jedoch unangetastet. Das heißt: Es wird immer noch negativ in die Rente eingegriffen. Die Inflationsrate lag im März bei über drei Prozent. Immer teureres Benzin, Strom und Gas fressen einen immer größeren Teil der Rente auf. Der Kaufkraftverlust ist für die Rentner eine echte Belastung. Unter dem Strich bleibt von den 1,1 Prozent Erhöhung zum 1. Juli nichts übrig.

Die jüngere Generation zahlt jetzt, muss sich aber auf ein sinkendes Rentenniveau einstellen. Was sagen Sie ihnen?

Hirrlinger: Die OECD bescheinigt Deutschland, dass es sein Alterssystem zukunftssicherer gemacht habe. Die Eingriffe gehen dabei weit über das Maß hinaus, das in anderen Industrieländern üblich ist. Der Preis ist, dass Deutschland auf 30 Industrienationen unter Platz 30 bei den Rentenleistungen liegt. Auch für die zukünftige Rentnergeneration wird es schwieriger. Es ist aber ein Unsinn, immer von den reichen Rentnern zu sprechen. Nach den Zahlen der Rentenversicherung liegen die Altersrenten bei 720 Euro insgesamt – bei Männern bei 976 Euro, bei Frauen bei 456 Euro. Die Hälfte der männlichen Rentner in Deutschland hat eine Rente unter 900 Euro. Das sind die Realitäten.

Der Riesterfaktor soll in wenigen Jahren nachgeholt werden. Dann fallen die Erhöhungen wieder geringer aus...

Hirrlinger: Dann wird es gar keine Rentenerhöhung mehr geben. Wenn der Nachhaltigkeitsfaktor und der Riester-Faktor umgesetzt werden, wird das zu weiteren Rentenkürzungen führen. Das halte ich für unerträglich.